

# **Bremische Bürgerschaft**

## **Landtag**

### **21. Wahlperiode**

#### **Anfragen in der Fragestunde der 34. Sitzung**

**Anfrage 1: Klare Regelungen, enge Fristen: Wie realistisch sind Neuwahlen in Bremen überhaupt noch?**

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat vor dem Hintergrund von Artikel 76 der Landesverfassung und § 59 des Bremischen Wahlgesetzes die tatsächliche rechtliche und organisatorische Möglichkeit, die Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft vorzeitig zu beenden und innerhalb der gesetzlichen Fristen eine Neuwahl durchzuführen?
2. Welche konkreten rechtlichen, organisatorischen und zeitlichen Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode und eine anschließende Neuwahl im Land Bremen überhaupt fristgerecht umgesetzt werden könnten?
3. Hält der Senat diesen verfassungsrechtlich vorgesehenen Ablauf unter den tatsächlichen parlamentarischen, administrativen und wahlorganisatorischen Bedingungen in Bremen derzeit für realistisch praktikabel?

**Anfrage 2: Kontrolle arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen zur Sonntagsarbeit im Land Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Sina Dertwinkel, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Form und auf welcher gesetzlichen Grundlage soll der Magistrat die Einhaltung arbeitsrechtlicher Regelungen zum Freizeitausgleich sowie tarifvertraglicher Regelungen zur angemessenen Vergütung von Sonn- und Feiertagsarbeit im „Mein Outlet & Shopping-Center“ Bremerhaven kontrollieren beziehungsweise auf deren Einhaltung hinwirken?
2. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Nichteinhaltung entsprechender arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen in Einzelhandelsbetrieben im Land Bremen, die aufgrund der Regelungen im Bremischen Ladenschlussgesetz an einzelnen Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen, und welche Vergütung von Sonn- und Feiertagsarbeit hält er für „angemessen“?
3. Welche Institutionen sind dafür zuständig, die Einhaltung entsprechender arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen im Land Bremen zu kontrollieren, und inwiefern nimmt das „Mein Outlet & Shopping-Center“ gegenüber anderen Einzelhandelsbetrieben beziehungsweise Einkaufszentren im Land Bremen hier aus Sicht des Senats eine Sonderrolle ein?

**Anfrage 3** wurde von den Fragestellenden zurückgezogen.

**Anfrage 4: Wie kann der Senat „illegaler Müllablagerung“ und nicht der „Videoüberwachung“ eine Abfuhr erteilen?**

**Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

Bitte alle Fragen getrennt beantworten!

1. Wie ist die aktuelle Rechtslage im Land Bremen bezüglich möglicher Videoüberwachungen von Containerplätzen und anderen Orten illegaler Müllablagerungen (besonders hinsichtlich des Datenschutzes), welche rechtlichen und politischen Möglichkeiten liegen dem Senat vor, um daran was zu ändern, und welche tatsächlichen Änderungen und (Gesetzes-)Initiativen auf Landes- und Bundesebene plant der Senat?

2. Wie bewertet der Senat (rechtlich und politisch) andere Kommunen und Städte, die Videoüberwachungsprojekte im öffentlichen Raum gegen illegale Müllablagerungen starten (beispielsweise Ludwigshafen)?

3. Welche anderen Möglichkeiten hat der Senat, um trotz der aktuellen rechtlichen Lage Videoüberwachungen gegen illegale Müllablagerungen durchzuführen?

**Anfrage 5: Ist das SEK auf dem Wasser noch einsatzfähig?**

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Christine Schnittker, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit verfügt das Spezialeinsatzkommando (SEK) über ein Boot und ist somit auf dem Wasser in Bremen aktuell einsatzfähig?

2. Welche Einsatzszenarien wären aus Sicht des Senats grundsätzlich möglich?

3. Welche Kosten wären für eine Reparatur beziehungsweise Neuanschaffung eines Bootes für das SEK anzusetzen, und inwieweit ist das für den kommenden Doppelhaushalt eingeplant?

**Anfrage 6: Wie geht es weiter mit der Sanierung des Bahnhofs Bremen-Neustadt?**

**Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat vor dem Hintergrund der erneuten Verzögerungen insgesamt den Fortschritt der Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen am Bahnhof Bremen-Neustadt, insbesondere die nunmehr vorgenommene Aufteilung der Gesamtmaßnahme in zwei Bauabschnitte?
2. Welche konkreten Ursachen haben nach Kenntnis des Senats zu den wiederholten Verzögerungen geführt, und welche Maßnahmen hat der Senat gegenüber der DB InfraGO ergriffen, um auf eine zügigere Planung, Ausschreibung und Umsetzung hinzuwirken?
3. Bis wann ist nach derzeitiger Einschätzung des Senats mit der vollständigen Fertigstellung aller noch ausstehenden Maßnahmen zu rechnen, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, einzelne Maßnahmen wie insbesondere den Einbau eines Aufzugs zur barrierefreien Erreichbarkeit des Bahnsteigs zeitlich vorzuziehen oder zu beschleunigen?

**Anfrage 7: Beschäftigte profitieren: Entwicklung der Tarifbindung im Land Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Tarifbindung im Land Bremen seit 2014 entwickelt, welche Faktoren haben die Entwicklung der Tarifbindung maßgeblich beeinflusst, und welchen Einfluss hat die Allgemeinverbindlicherklärung bei der Tarifbindung?
2. Sind indirekte Tarifbindungen durch Allgemeinverbindlichkeit oder Bezahlung analog zu Tarifverträgen, wie zum Beispiel in der Leiharbeit in den Zahlen der Tarifentwicklung, enthalten, und wie groß ist ihr jeweiliger Anteil?
3. Welche weiteren Maßnahmen hält der Senat für geeignet, um die Tarifbindung zukünftig positiv zu beeinflussen?

**Anfrage 8: Einsatz von neuartigen Container-Scannern im Kampf gegen den Drogenschmuggel**  
**Janina Strelow, Nils Bothen, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD**  
**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern hat der Senat Kenntnis vom Projekt „SilentBorder“ des DLR-Instituts in Bremerhaven, das auf die Entwicklung eines neuartigen Tomografen für komische Strahlung unter anderem zur Durchleuchtung von Containern für Grenzschutz-, Zoll- und Strafverfolgungsbehörden abzielt?
2. Welches Potenzial hat diese Technologie aus Sicht des Senats im Kampf gegen den Drogenschmuggel über die Häfen, und welche weiteren Techniken und Maßnahmen werden im Kampf gegen den Drogenschmuggel vom Senat für sinnvoll erachtet und verfolgt?
3. Inwieweit fördert der Senat die Erprobung dieser neuen Technologie im Überseehafen in Bremerhaven oder in anderen Häfen im Land Bremen beziehungsweise in welchem Rahmen kann er sich hierfür einsetzen?

**Anfrage 9: Was ist der Sachstand beim Expresskreuz Bremen-Niedersachsen (EBN) (2)?**  
**Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP**  
**vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche neuen Erkenntnisse haben sich seit der Nachfrage der FDP-Fraktion vom 22. Januar 2026 zu den Folgen der verspäteten Bereitstellung des Zugmaterials durch Alstom beim Expresskreuz Bremen-Niedersachsen (EBN) ergeben hinsichtlich Quantität und Qualität der Ersatzleistungen, Prüfung rechtlicher Schritte gegenüber Alstom und tatsächlichem Bereitstellungsdatum der Züge durch Alstom?
2. Wie ist der Sachstand der Planung, der Umsetzung und des Zeitplans bis zur Fertigstellung der geplanten Bahnwerkstatt für das Expresskreuz Bremen-Niedersachsen in Oslebshausen, welche für die Wartung, der laut letzter Ankündigung im Herbst 2026 zulaufenden Alstom Züge vorgesehen ist?
3. Welche Alternativstandorte für die notwendige Bahnwerkstatt für das Expresskreuz Bremen-Niedersachsen sind innerhalb und außerhalb des Landes Bremens aktuell im Gespräch und gegebenenfalls in Vorprüfung - insbesondere für den Fall, dass die Züge vor Fertigstellung der Bahnwerkstatt zulaufen oder für den Fall, dass die Leistungen des Expresskreuzes Bremen-Niedersachsen gegebenenfalls anderen Anbieter als Alstom übertragen werden müssen, wenn Alstom weiterhin nicht in der Lage ist, die bestellten Leistungen zu liefern?

**Anfrage 10: Sicherheitskonzept der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2026**

**Anfrage des Abgeordneten Holger Fricke und die Gruppe Bürgerallianz Bremen/Bremerhaven vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Schutzmaßnahmen plant die Innenbehörde vom 2. bis zum 4. Oktober in Bremen und Bremerhaven, um die Sicherheit für Besucher der Festmeile am Tag der Deutschen Einheit zu gewährleisten?
2. Wird ein Demonstrationsverbot (wie bereits 1994) während der Feierlichkeiten und der Veranstaltungstage in Erwägung gezogen?
3. Plant die Innenbehörde zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, sollte in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die AfD als Wahlsieger oder sogar als zukünftige Landesregierungen in die Landtage einziehen?

**Anfrage 11: Freier Zugang zu alten Abschlussklausuren?**

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern besteht aktuell für bremische Schüler:innen und Lehrkräfte die Möglichkeit, zur Vorbereitung auf Abschlussprüfungen, auf alte Abschlussklausuren (zum Beispiel Mittlerer Schulabschluss [MSA], Abitur, Fachhochschulreife) zuzugreifen, und welche konkreten Plattformen werden dafür genutzt?
2. Welche Voraussetzungen müssen im Land Bremen erfüllt sein, damit alte Klausuren öffentlich zugänglich gemacht werden können, und wie bewertet der Senat die aktuelle Regelung?
3. Plant der Senat, den Zugang zu alten Abschlussklausuren zu vereinfachen und so Transparenz und Chancengleichheit zu gewährleisten – etwa durch eine kostenfreie, frei zugängliche Online-Datenbank?

**Anfrage 12: BGG-Reform auf dem Abstellgleis: Aufgeschoben, ignoriert, aussortiert?**

**Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den aktuellen Stillstand der Behindertengleichstellungsgesetz-Reform (BGG-Reform) im Bundestag, und welche konkreten Nachteile hat diese Untätigkeit auf Bundesebene für die Menschen mit Behinderungen im Land Bremen?
2. Wie beurteilt der Senat die Pläne im gestoppten Gesetzentwurf, dass private Unternehmen keine Barrieren abbauen müssen und Betroffene auch keinen Schadenersatz fordern können?
3. Welche rechtlichen Möglichkeiten – etwa über das bremische Baurecht oder bei der Vergabe von Landesaufträgen – wird der Senat nutzen, um private Unternehmen hier in Bremen strenger zur Barrierefreiheit zu verpflichten?

**Anfrage 13: Pflegearmut in Bremen: Wie steuert der Senat gegen?  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen erhalten nach Ansicht des Senats zahlreiche armutsbetroffene Pflegebedürftige in Bremen die ihnen zustehenden Hilfen nicht?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass gesetzliche Ansprüche in Bremen einheitlich umgesetzt werden und ein niedrighschwelliger Zugang möglich ist?
3. Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Inanspruchnahme der Hilfe zur Pflege zukünftig zu erhöhen?

**Anfrage 14: Auswirkungen der Honorarkürzungen in der Psychotherapie  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die psychotherapeutische Versorgung im Land Bremen, auch mit Blick auf die Entwicklung von Nachfrage und freien Kapazitäten in den vergangenen drei Jahren?
2. Welche Auswirkungen haben die jüngsten Vergütungsabsenkungen in der Psychotherapie auf die Wartezeiten für Patientinnen und Patienten im Land Bremen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat auf Landesebene, die ambulante psychotherapeutische Versorgung zu stabilisieren?

**Anfrage 15: Kürzungen beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“  
Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Miriam Strunge, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke  
vom 16. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Liegen dem Senat bereits Erkenntnisse vor, ob und in welchem Umfang durch die von der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren Frauen und Jugend angekündigten Änderungen beim Bundesprogramm „Demokratie leben“ auch geförderte Projekte im Land Bremen betroffen sein werden?
2. Welche Spielräume sieht der Senat, mögliche Kürzungen des Programms „Demokratie Leben!“ durch die Bundesregierung bei Bremer Projekten aufzufangen und so die Arbeit dieser Projekte abzusichern?
3. Wie bewertet der Senat die Absicht der genannten Bundesministerin, mitten in der laufenden Förderperiode das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erheblich umzubauen und dabei bundesweit renommierte Projekte, auf deren Expertise auch im Land Bremen regelmäßig zurückgegriffen wird, nicht weiter zu fördern?

**Anfrage 16: Auswirkung auf die Beamtenbesoldung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts**  
**Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**  
**vom 17. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Mehrkosten für die Beamtenbesoldung müsste der Bremer Senat nach Maßgabe des hierzu ergangenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2025 (Aktenzeichen 2 BvL 5/18) einpreisen?
2. Welche zusätzlichen Kosten würden dem Land Bremen tatsächlich entstehen, wenn die von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt für den Bund geplanten Maßnahmen zur Beamtenbesoldung analog auf das Land Bremen übertragen werden würden?
3. Welche Maßnahmen zur Konsolidierung der Personalkosten wird der Senat ergreifen, um die Mehrbelastungen für den Landeshaushalt durch die unausweichlichen Anpassungen der Beamtenbesoldung zu kompensieren?

**Anfrage 17: Haftentlassene ohne Personalausweis - Resozialisierung ade?**  
**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**  
**vom 21. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat Berichte aus der Praxis, wonach Haftentlassene in Bremen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der Bürgerservicecenter und fehlender angepasster Verfahren in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen zum Zeitpunkt ihrer Entlassung häufig nicht im Besitz eines gültigen Personalausweises sind und dadurch erhebliche Probleme beim Zugang zu Sozialleistungen, Arbeit, Wohn- und Integrationsangeboten entstehen?
2. Welche konkreten Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe bestehen derzeit zwischen JVA-Sozialdienst, Amt für Soziale Dienste und Jobcenter zur Sicherstellung eines nahtlosen Leistungsbezugs, um Unterkunft und Lebensunterhalt zu gewährleisten und welche Bedeutung misst der Senat in diesem Zusammenhang dem Besitz eines gültigen Personalausweises bei?
3. Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um sicherzustellen, dass Haftentlassene künftig bereits bei ihrer Entlassung über gültige Ausweisdokumente verfügen und unmittelbar Zugang zu Leistungen wie dem Bürgergeld erhalten, um Resozialisierung zu stärken und Rückfallrisiken zu reduzieren?

**Anfrage 18: Entwicklung und Prävention von durch Zecken übertragenen Krankheiten im Land Bremen**  
**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 28. April 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die ambulanten und stationären Fallzahlen von Borreliose- und Früh-sommer-Meningoenzephalitis (FSME)-Erkrankungen im Land Bremen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Wie viele schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle im Zusammenhang mit Borreliose und FSME wurden im Land Bremen in diesem Zeitraum registriert?
3. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat zur Prävention von Zeckenstichen, insbesondere mit Blick auf besonders gefährdete Gruppen, wie Kinder oder Personen mit viel Aufenthalt im Freien, und wie arbeiten Ärzte, Gesundheitsämter und Krankenkassen dabei zusammen?

**Anfrage 19: Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des Stadtteils Blumenthal mit der Regio-S-Bahn an die Bremer Innenstadt**  
**Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Falk Wagner, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die derzeitige Verkehrsanbindung des Stadtteils Blumenthal insbesondere in Bezug auf die Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt?
2. Welche Bedeutung misst der Senat einer verbesserten verkehrlichen Anbindung Blumenthals mit der Regio-S-Bahn für die städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Stadtteils bei?
3. Inwiefern sieht der Senat die Möglichkeit, durch die Einführung eines 15-Minuten-Takts der Regio-S-Bahn die Anbindung des Stadtteils an die Bremer Innenstadt weiter zu verbessern und welche konkreten Schritte unternimmt er hierzu?

**Anfrage 20: Nutriajagd im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter  
und Fraktion der CDU  
vom 5. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie kommt der Senat seiner Verpflichtung laut § 48a des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) nach, gegen invasive Arten wie Nutrias vorzugehen und welche konkreten unterstützenden Maßnahmen, wie Zahlungen von Aufwandsentschädigungen, Anschaffung und Betreiben von Fallen oder sonstige Hilfeleistungen, leistet er dabei?
2. Inwiefern ist der Senat bereit, durch das Erlauben von Nachtsichtgeräten für die Jagd ausübenden die Jagd der immer größer werdenden Population der Nutrias in Bremen und Bremerhaven zu erleichtern?
3. Inwiefern ist für den Senat das Hamburger Modell der Nutriabejagung eine Alternative zur bremischen Praxis und inwiefern plant er, dieses Modell auch im Land Bremen einzuführen?

**Anfrage 21: Schwerbehinderte Beamte sind in § 5 Absatz 1a der Bremischen Arbeitszeitordnung n.F. von der Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden ausgenommen - Was ist mit Gleichgestellten?  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU  
vom 5. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern kann für den Beschluss Menschen mit Schwerbehinderung von der Arbeitszeiterhöhung für Beamte auszunehmen, in Anlehnung an die „Inklusionsvereinbarung“ der Freien Hansestadt Bremen, in der alle Absprachen und Zielsetzungen für Menschen mit Schwerbehinderung UND diesen gleichgestellten Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) gelten, davon ausgegangen werden, dass auch hier die Kriterien der „Inklusionsvereinbarung“ deckungsgleich angewendet werden und mit der Bezeichnung „schwerbehinderte Menschen“ ebenso diesen Gleichgestellten umfasst sind?
  - a) Wie begründete der Senat die Entscheidung, sollten gleichgestellte schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30 Prozent entgegen der Ausführungen der „Inklusionsvereinbarung“ hier nicht umfasst sein?
  - b) Wie viele Personen mit einem Grad der Behinderung zwischen 30 und 50 sind im öffentlichen Dienst Bremens aktuell den schwerbehinderten Personen mit einem Grad der Behinderung ab 50 gleichgestellt?

**Anfrage 22: Stilllegung, Rückbau oder Außerbetriebnahme von Gasanschlüssen  
Anfrage der Abgeordneten Muhlis Kocağa, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und  
Fraktion Die Linke  
vom 7. Mai 2026**

1. Welche Möglichkeiten zur Beendigung ihres Gasanschlusses haben Verbraucher:innen in Bremen, wenn sie ihren Anschluss durch den Einbau einer Wärmepumpe oder den Anschluss an ein Wärmenetz nicht mehr benötigen?
2. Werden den Verbraucher:innen von den hiesigen Netzbetreibern hierfür Kosten in Rechnung gestellt, und wenn ja, in welcher Höhe, und wie setzen sich diese Kosten zusammen?
3. Wie schätzt der Senat das Vorgehen der Netzbetreiber beim Umgang mit nicht mehr benötigten Gasanschlüssen insbesondere im Hinblick auf das Urteil des Oberlandesgerichts Oldenburg vom 5. Dezember 2025 (Aktenzeichen 6 UKL 2/25) in Bremen ein?